
Dämonen der postkommunistischen Demokratie in Serbien

László Végel

Vor zwei Jahren war ich als Redner zu einer Konferenz in Novi Sad eingeladen, mit dem Titel »Das Gespenst des Faschismus geht in Serbien um«. Drei Jahre vorher hatte ich zusammen mit sechs Belgrader Schriftstellerfreunden einen offenen Brief unterschrieben, in dem wir auf die Gefahr des Faschismus aufmerksam machten. Bereits damals hatte ich die Absurdität und Widersprüchlichkeit meiner Lage erkannt, denn vor dem Hintergrund meines intellektuellen Werdeganges hätte ich mir derlei vorher nicht vorstellen können.

Ich wurde im Tito-System sozialisiert, in dem der Antifaschismus offizielle Doktrin war. Dieser Lehre zufolge gehen die Guten, das heißt die Kommunisten, aus dem Konflikt zwischen Gut und Böse notwendigerweise als Sieger hervor. Der Faschismus erlitt eine endgültige Niederlage. Lehrbücher, Filme und der öffentliche Diskurs handelten davon, daß wir den Faschismus 1945 liquidiert haben. Diese antifaschistische Doktrin erschien gekünstelt und von der Zeit überholt, die von ihr kündenden Geschichtsstunden waren langweilig, die Gedenkfeiern in ihrem Geiste nichtssagend. Das Ganze war wie ein offiziöses Marionettentheater.

Gewiß hätte ich damals protestiert, wenn irgend jemand prophezeit hätte, daß ich eines Tages Vorträge auf antifaschistischen Konferenzen halten oder offene Briefe gegen den Faschismus unterschreiben würde. Umso mehr auch deshalb, weil meine Aufmerksamkeit viel eher durch das System, in dem ich lebte, in Anspruch genommen wurde: durch seine Art, Freiheit und Menschenwürde mit Füßen zu treten.

Der jugoslawische Sozialismus bot seinen Bürgern einen Handel an, in dessen Rahmen sie kein großes Opfer bringen mußten, um sich auf Kosten ihrer Freiheit mit der Macht zu arrangieren. Die Massen waren keine begeisterten kommunistischen Parteigänger, aber sie protestierten auch nicht. Die Nachteile wollten sie nicht sehen, die Vorteile wiederum ausnutzen. Die Ablehnung der von oben gelenkten Diktatur erschien deshalb hoffnungslos, war aber mit keinen Erniedrigungen verbunden, denn die Kritik des Systems umging eine stille und diskrete Sympathie. Man verstand, worum es ging, erachtete es aber nicht als lebenswichtig.

Dies änderte sich völlig, als die Macht unter Slobodan Milošević nicht mehr in Form einer weicheren oder härteren Variante der von oben gelenkten Diktatur daherkam, sondern als Diktatur der Volksabstimmungen. In der kommunistischen Ära hatte der Nachbar mit dem Oppositionellen noch komplizenhaft sympathisiert, jetzt, im nationalistischen Zeitalter, verachtete diesen die Menge. Der Gegenspieler der Andersdenkenden war nun nicht mehr der Parteifunktionär, sondern der Mann auf der Straße, ein Gutteil der Nachbarn. In der Hand der Kommunisten war die Fernseh-Propaganda wirkungslos geblieben, in der Hand der Nationalisten wurde sie allmächtig. Milošević brauchte keine politische Gewalt anzuwenden – die serbische Gesellschaft isolierte die Andersdenkenden von sich aus. Oppositionsblätter erschienen in großer Zahl, ihre Auflagen waren jedoch jämmerlich. Zu überleben vermochte nur, wer mit Milošević im Nationalismus wetteiferte. Abgesehen von ein paar liberalen Splittergruppen taten dies die neuen Parteien auch, entweder aus ehrlicher Überzeugung oder aus taktischen Erwägungen.

Koštunica – der »bessere« Nationalist

Milošević stürzte, als sich definitiv herausstellte, daß er seine Versprechen nicht einlöste, sein Nationalprogramm nicht verwirklichte, als er die Kriege um Kroatien und Bosnien verloren hatte und die NATO auch noch im Kosovo einmarschierte. Koštunica kritisierte aber Milošević nicht deshalb, weil er den Albanern keine Autonomie à la Hongkong anbot, sondern weil er die »Kapitulation von Kumanovo« unterschrieb, das heißt die NATO-Soldaten einließ. Mit dieser Volte wurde Koštunica im Volk populär, und jene Kräfte, die den Milošević-Sturz vorbereiteten, machten ihn – wie es die damaligen Oppositionsführer heute zunehmend eingestehen – deshalb zum Gegenkandidaten, weil seine Zeugnisnote in Nationalismus besser war als die von Milošević. Die Menge, die den Abgang des Serbenführers forderte, ging mit der Parole »Nieder mit der roten Bande!« auf die Straße, ein »Nieder mit der nationalistischen Bande!« wurde jedoch nie skandiert.

Diese Massenstimmung änderte sich auch mit dem Sturz von Milošević nicht. Zoran Djindjić, der neue Ministerpräsident, spürte ihren mächtigen Gegenwind, als er sein Programm für ein europäisches Serbien vorlegte. Er war ein unbeliebter Politiker, der erst nach seiner Ermordung populär wurde. Das Fühlen der Massen drückte in Wirklichkeit Koštunica aus. In Serbien setzte sich der von einer Massenunterstützung getragene, populistische, autoritäre Nationalismus – wie auch in den anderen postkommunistischen Ländern – eine demokratische Maske auf. Parallel dazu erstarkten aber auch die mit ihm in einer Symbiose lebenden Neonazi-Bewegungen.

Ermöglicht wird dies durch die innere Unsicherheit der postkommunistischen Rechten, die sich in Ermangelung einer entsprechenden Tradition nicht zur konservativen rechten Mitte, sondern zum Populismus hin entfaltet, was notwendigerweise die Grenzen zwischen den rechtsextremen Bewegungen und den Parteien der rechten Mitte verwischt.

Jene Generationen, die in der von oben gelenkten Diktatur sozialisiert worden waren, sahen sich nunmehr im Parteienpluralismus, wo freie Wahlen den Parlamentarismus legitimieren, den Gefahren einer von unten geschürten Diktatur ausgesetzt. Die liberale demokratische Intelligenz fand sich in dieser neuen Lage einfach in einer Falle wieder. Das war die Absurdität, der ich mich gegenüber sah. In der Milošević-

Zeit dachte ich noch immer im Gegensatz-Raster von Demokratie und Diktatur, nach dem Sturz von Milošević mußte man sich jedoch von den Illusionen verabschieden: praktisch von einem Tag auf den anderen stellten sich die Dämonen der Demokratie ein, mit denen ich ein Leben lang nicht gerechnet hatte.

Da der in blutige Kriege führende Nationalismus in Serbien am stärksten entflammt war, wurden dort die Grenzen zwischen der gemäßigten und der extremen Rechten im ost- und mittel-osteuropäischen Maßstab am meisten verwischt. Gesteigert wurde dies noch durch die Unfähigkeit, sich der Vergangenheit zu stellen. In Serbien hatte, wie auch in den anderen kommunistischen Ländern, keine Auseinandersetzung mit den geistigen Strömungen der vor-kommunistischen Zeit stattgefunden, weshalb nach dem Zusammenbruch des Kommunismus die Zeit zwischen den beiden Weltkriegen zusammen mit ihren ungeklärten Stellen zunehmend idealisiert wurde. Eine dieser ungeklärten Fragen ist, in welchem Maß und in welcher Form in diesen Gesellschaften die faschistischen Ideen aufgekommen waren.

Faschismus nicht nur ein »deutsches Gift«

Den Kommunisten zufolge war der Faschismus ein »deutsches Gift«. Zwar habe eine Handvoll nationsfremder »deutscher Quislinge« existiert, doch die Gesellschaft habe diese Ideen einhellig zurückgewiesen. Dieser Gedanke setzte sich vor allem in jenen kommunistischen Ländern durch, die sich im letzten Augenblick den siegreichen Großmächten angeschlossen hatten. Die Konfrontation mit ihrer Vergangenheit schoben sie damit von sich ab, da ohnehin die Deutschen an allem schuld gewesen wären. Während sich die Deutschen als einzige ihrer Vergangenheit stellten – was verständlich ist, denn sie hatten den meisten Grund dazu –, blieb in den kleinen mittel-osteuropäischen Staaten – vor allem in jenen, die am Ende des Zweiten Weltkriegs unabhängig von der Vorgeschichte auf der Seite der Sieger gestanden hatten – dank der kommunistischen Herrschaft diese Konfrontation aus.

In Serbien herrschte lange Zeit die Ansicht vor, daß dieses Land nicht das geringste mit dem Faschismus zu tun habe. Noch vor zehn Jahren hätte das jüngst erschienene Buch »Unterdrückte Wahrheit« von Olivera Milosavljević über die serbische Kollaboration mit den Nazis mit Gewißheit einen kulturellen und politischen Schock ausgelöst. Denn es untersucht, welchen Widerhall das faschistische Gedankengut in Serbien fand.

Der zu erwartende kulturelle Schock blieb jedoch zum Zeitpunkt des Erscheinens des Buchs aus, weil die Ereignisse der letzten ein bis zwei Jahre dieser hervorragenden Historikerin zugefallen waren. Das Buch sagte nunmehr nichts Neues mehr, denn das serbische Parlament hatte in der Zwischenzeit mit einer Entschließung ein Gleichheitszeichen zwischen Tschetniks und Partisanen gesetzt.

Dabei war der antifaschistische Charakter der kommunistisch gelenkten, von Josip Broz Tito angeführten serbischen beziehungsweise jugoslawischen Partisanenbewegung von den siegreichen Großmächten ausdrücklich anerkannt worden. Aus diesem Grund war es gelungen, Jugoslawien zu bewahren. Das Land vermochte sich einer in ganz Europa als Rarität geltenden, glaubwürdigen antifaschistischen Bewegung zu rühmen. Daneben verblaßt, daß parallel zur Partisanenbewegung hauptsächlich in den unter deutscher Besatzung stehenden Landesteilen verschiedene antikommunistische, nationale Bewegungen entstanden, die ihren Hauptfeind weniger in den Deutschen als

in den Kommunisten erblickten. In dem dadurch zerfallenen und zerschlagenen Land begann zwischen den auf nationaler Basis organisierten bewaffneten Gruppen ein blutiger Bürgerkrieg.

Tschetniks den Partisanen gleichgestellt

Die Tschetniks, die sich als serbische Nationalisten bezeichneten, führten Krieg gegen die Partisanen sowie gegen die kroatischen Nationalisten, die Ustaschen, die an der Seite der Deutschen gegen die Partisanen kämpften. In der chaotischen Hölle des Balkans konnte man nicht wissen, wer wen weshalb umbrachte. Serbische Familienerzählungen bezeugen, daß es vorkam, daß der Vater einen Sohn zu den Partisanen und den anderen zu den Tschetniks schickte, in der Hoffnung, daß wenigstens einer von ihnen die Hölle überleben würde. Es geschah aber auch, daß jemand als Tschetnik in den Krieg zog und ihn als Partisan beendete.

Die von Tito begründete neue kommunistische Herrschaft überbrückte diese chaotische Situation, indem sie die Scheidelinie zwischen Faschisten und Antifaschisten zog. Die jugoslawischen Kommunisten standen für eine westliche Orientierung, nach der Systemwende gewann jedoch die östliche Orientierung die Oberhand. Tito stellte sich gegen Stalin, doch Koštunicas Vorbild wurde Putin.

Nach dem Zerfall Jugoslawiens verlor die Scheidelinie zwischen Faschismus und Antifaschismus ihren Kredit: der Antifaschismus war entwertet, während ihn die meinungsbildenden Intellektuellen und ein Teil der Historiker zunehmend als eine kommunismusverdächtige Bewegung definierten.

Anfang der 90er Jahre, in der Zeit Tudjmans, setzte in Kroatien eine heftige Rehabilitierung der Ustaschen ein, mit der Ansage, diese hätten an der Seite Hitlers für die nationalen Interessen Kroatiens und gegen die nationsfeindlichen Kommunisten gekämpft. Genau dasselbe geschah auch in Serbien, so daß die Regierung von Koštunica am Ende jenes Prinzip, das die Mehrheit der serbischen Intellektuellen im Zeichen des Antikommunismus formuliert hatte, nur mehr noch in Gesetzesform goß.

Doch dieses serbische Gesetz öffnete die Büchse der Pandora.

Die Geschichtsmuseen wurden neu gestaltet, es erschienen Lehrbücher, in denen die Tschetniks zu den wahren nationalen Heroen wurden. Auch der Kampf um die Umbenennung der Straßennamen entbrannte. Bezeichnungen, die das Andenken an den Antifaschismus bewahrten, verschwanden zusehends aus dem serbischen Stadtbild. Dafür wurden immer mehr Straßen nach Persönlichkeiten benannt, die für ihren Antisemitismus berüchtigt waren. In Novi Sad errichtete man trotz der Proteste der jüdischen Glaubensgemeinschaft ein Denkmal für den Vorkämpfer der Vereinigung Serbiens mit der Vojvodina, Jaša Tomić (1856–1922), der die Feinde der serbischen Nation in den Juden erblickt hatte. Deshalb sympathisierte er auch aufs wärmste mit dem ungarischen Antisemitismus, in der Hoffnung, daß am Ende auch die Ungarn erkennen würden, wer ihr wahrer Feind sei. Im Juni 2007 gab der Prometej-Verlag in Novi Sad sein gesammeltes Werk in 25 Bänden heraus. Lobhudler rühmen ihn als den »bedeutendsten serbischen Denker der Jahrhundertwende«.

Bischof Nikolaj Velimirović (1880–1958) ist eine weitere »rehabilitierte« Persönlichkeit, nach der immer mehr Straßen und Plätze benannt werden. Die serbisch-orthodoxe Kirche hält ihn für den größten aller serbischen Philosophen und sprach ihn 2003 heilig. Jovan Byford weist in seinem Buch über den Antisemitismus in Serbien² minu-

tios nach, wie eng der Antisemitismus bei Velimirović mit dem Antikommunismus und der Westfeindlichkeit verflochten ist. Der orthodoxe Patriarch glaubte, daß der Liberalismus den Westen verdorben hätte und erhoffte sich von Hitler die Erlösung. Seine außerordentliche Wirkung wird dadurch belegt, daß 1991 bei der Feier aus Anlaß der Heimholung seiner Gebeine aus Amerika Serbiens Regierung und Opposition gleichermaßen vertreten waren – zwei Monate nach den von Milošević unterdrückten Belgrader Protesten im März desselben Jahres. Das Gedenken an Velimirović hat sie alle zusammengebracht, beim Neubegräbnis des Bischofs saßen die Minister von Milošević, die Führer des Serbischen Schriftstellerverbandes und die Oppositionsführer Vojislav Seselj und Radovan Karadžić nebeneinander. Das Fundament für die neue nationale Einheit war gelegt, die Konstruktion einer neuen Tradition hatte begonnen.

In diesen Kampf mischten sich interessanterweise mit der Zeit auch die Politiker der ungarischen Minderheit in der Vojvodina ein. Zwar wollten sie aus einer anderen Erwägung heraus die erwähnten Straßenbezeichnungen loswerden. Sie wollten ihren an sich berechtigten Anspruch geltend machen, daß es auch Namen geben möge, die auf die ungarische Geschichte verweisen. Der Anspruch war berechtigt, weil das kollektive Gedächtnis der Städte nach 1990 immer dezidierter von ungarischen Erinnerungen gesäubert wurde. Da aber auch sie die antifaschistischen Topoi ins Fadenkreuz nahmen, zogen sie den Zorn der serbischen Antifaschisten und der serbischen Nationalisten auf sich, was oft damit endete, daß die Ungarn als Faschisten beschimpft wurden.

Olivera Milosavljević legt in ihrem Buch die Wurzeln dieses Phänomens frei und räumt dabei gleich auch mit ein paar nationalen Mythen auf. Es stellt sich nämlich heraus, daß Serbien in Sachen Kollaboration mit dem Faschismus gar nicht so unschuldig war. Die Autorin legt Dokumente über die Quisling-Regierung des Milan Nedić (1941–1944) vor, aus denen hervorgeht, daß sich ein nicht zu vernachlässigender Teil der Gesellschaft in Komplizenschaft mit dem Faschismus übte. Diesem rechnet sie auch jene zu, die sich zwar mit der deutschen Besatzung nicht abfinden wollten, wohl aber voller Sympathie für die Nazi-Ideologie waren, vor allem ihre antikommunistische, antisemitische und dem Westen feindliche Rhetorik. Militärisch verbündet mit den Deutschen waren diese Leute nicht unbedingt, doch die geistige Symbiose war da.

Die Regierung Nedić bezeichnete die gegen Hitler kämpfenden »kommunistischen Banden« als Verderber der serbischen Nation. Die Juden waren vom Universitätszugang ausgeschlossen, so wie auch jüdischstämmige Künstler nicht beschäftigt werden durften. Die Judenfrage löste dieses Regime dermaßen »erfolgreich«, daß es sich bereits 1942 damit brüstete, daß 96 Prozent der Belgrader Juden in Konzentrationslager geschickt oder getötet worden waren. Solcher Zahlen vermochten sich nur wenige europäische Hauptstädte unter dem deutschen Stiefel zu rühmen, und ohne die Mitwirkung und Unterstützung der Bevölkerung wären diese auch nicht zu erzielen gewesen.

Minderheitenfeindlich und antisemitisch

All dies kehrt nun mit elementarer Gewalt zurück, schreibt Milosavljević. Der Schriftsteller Filip David zählte schon vor zwei Jahren 250 antisemitische Buchtitel, die in Serbien im Umlauf waren. Das Terrain der Extremisten war also geistig vor-

bereitet. Kein Wunder, daß die Xenophobie fröhliche Urständ feiert. Als Konsequenz davon kommt auch die Minderheitenfrage aufs Tablett. Das lange Patt um den Kosovo heizte die Minderheitenfeindlichkeit noch weiter an, von der man nicht weiß, wann sie sich in einer Explosion entlädt, da die serbische Regierung den Übergriffen gegen Angehörige der Minderheiten bislang tatenlos zugesehen hat. Die ungelöste Situation im Kosovo ist das beste Beispiel dafür, welche Gefahren der unentschlossene, zögerliche Umgang mit der Minderheitenfrage nach sich zieht. Denn dieser steigert nicht mehr bloß das Chaos im Inneren Serbiens, sondern offenbart auch noch, wie Rußland mit Hilfe Serbiens die EU schwächen und gegebenenfalls lächerlich machen will, ganz davon abgesehen, daß Putins »Neo-Nationalismus« die rechtsextremen Bewegungen in Serbien – und vielleicht auch in anderen Ländern – auch direkt antreibt. In Serbien ist der Putinismus bereits greifbar. In den Städten, in denen die extreme Rechte an der Macht ist, wird Putin der Reihe nach zum Ehrenbürger ernannt. So geht es heute zu in Serbien.

Als einen Faktor in dieser Strömung identifiziert Milosavljević die Neonazi-Organisation Nationale Front. Im Oktober vorigen Jahres (2007) wollte diese Vereinigung in Novi Sad eine Massenkundgebung abhalten, um die Serben »vor nationsfremden und -feindlichen Gefahren zu warnen«. Ihre Mitglieder tragen schwarze Uniformen und Springerstiefel. Ihr Haßobjekt ist vor allem die serbische Intelligenz, der sie Verrat an der Nation vorwerfen. Von Schießübungen hört man nichts, doch in Serbien sind dermaßen viel Waffen im Umlauf, daß es sich unter »Ehrenmännern« nicht gebührt, darüber ein Wort zu verlieren.

Ihre Staffage ist fast identisch mit der der Ungarischen Garde im nördlichen Nachbarland. Auch in ihrer Argumentation gleichen sie einander. Auch die ungarischen Gardisten weisen das Prädikat »faschistisch« energisch von sich. Wie sie auf ihrer Webseite schreiben, setzen sie sich »nur« für den reinen nationalen Geist ein. Ihre Organisation sei von wohlütigem Charakter, sie sei gegründet worden, weil die Nation »in Gefahr« sei.

Die rechtsextreme Demonstration in Novi Sad wurde in letzter Minute von der Polizei verboten. Zugleich hatten die örtlichen Zivilorganisationen eine friedliche antifaschistische Demonstration angemeldet, die aber unfriedlich endete, weil ihre Teilnehmer beim Haus der Armee von den Angehörigen der erwähnten rechtsextremen Organisation mit Steinen beworfen wurden. Unter den Antifaschisten gab es Verletzte, die zum Teil im Krankenhaus versorgt werden mußten. Worum es aber in Wirklichkeit ging, stellte die Parlamentsdebatte am nächsten Tag klar. Die Abgeordneten der rechten Mitte und der extremen Rechten denunzierten in trauter Eintracht beide Gruppen von Demonstranten als »extremistisch«. Es geschah, was anderswo in Europa wohl undenkbar wäre: im demokratisch gewählten Parlament setzte man zwischen Antifaschisten und Faschisten ein Gleichheitszeichen. Das läßt noch viel Schlimmeres erwarten, als wenn die Kundgebung der Neonazis stattgefunden hätte.

Doch es wäre falsch, diese Rhetorik allein der serbischen politischen Elite vorzuwerfen. Vielmehr handelt es sich um eine Redeweise, die in ganz Osteuropa verbreitet ist, wo die Rechte die rechtsextremen Bewegungen durchgehend unterschätzt und wo mehr als ein Jahrzehnt nach der Wende die extreme Rechte die Straße an sich reißt.

Osteuropa nimmt also einen Brauton an, doch läßt sich nur schwer vorhersagen, welche Gefahr die Extremisten in Zukunft darstellen und welche Wirkung sie entfalten werden. Dies umso mehr, weil es nicht davon abhängt, wie stark und breit die

Massenunterstützung ist, die sie genießen, sondern davon, ob es der postkommunistischen Mainstream-Rechten in Osteuropa gelingt, sich von innen heraus zu reformieren. Betrachtet sie die extreme Rechte als Verbündeten oder, was wahrscheinlicher ist, aus Angst vor Brüssel »nur« als einen insgeheimen Komplizen – oder als Feind?

Den wachsenden Einfluß der postkommunistischen extremen Rechten begünstigt auf jeden Fall der Umstand, daß die Ungelöstheit der Minderheitenfrage, die das 20. Jahrhundert hindurch furchtbare Traumata und Konflikte verursacht hat, in diesem Teil Europas weiterhin eine chronische Erscheinung darstellt. Die EU, das Europäische Parlament und andere europäische Foren beschäftigen sich mit den Minderheitenangelegenheiten in Mittel- und Südosteuropa nur sehr allgemein und distanziert. Eingeschritten wird erst, wenn es kracht. Das Beispiel Kosovo beweist dies am augenscheinlichsten. Doch diese Frage verdient nicht erst dann Beachtung, wenn es schon zu Übergriffen und Massakern gekommen ist. Vielmehr müßten im Geiste des sich vereinigenden Europas die kollektiven Rechte der ethnischen Minderheiten auf neue Grundlagen gestellt werden, nachdem sich in den letzten Jahrzehnten erwiesen hat, daß sich diese Angelegenheit nicht von selbst löst. In den neuen EU-Beitrittsländern sind nämlich die Spannungen nicht zurückgegangen, sondern gestiegen, so daß also die staatlich geschürte Xenophobie langsam, aber sicher in die EU einsickert. Die gibt es zwar auch im Westen Europas, doch der Staat und seine Institutionen unterstützen sie nicht. In den postkommunistischen Ländern kommt es hingegen häufig vor, daß sich der Staat komplizenhaft und dies vor Brüssel verheimlichend hinter diese Erscheinungen stellt und sie stillschweigend unterstützt. Der Hauptsünder ist dabei die Rechte, die selbst dann, wenn sie nicht an der Macht ist, aus der Oppositionsrolle heraus der extremen Rechten den moralischen Segen verleiht.

Eine weitere Beobachtung ist, daß die Minderheitenfeindlichkeit und der Antisemitismus – beide gehen in Osteuropa Hand in Hand – am ehesten in den Ländern auftreten, in denen Minderheiten leben, sowie in jenen, wo Angehörige der eigenen Nationalität in bedeutender Zahl in Nachbarländern leben. Zugleich ist zu registrieren, daß der Vormarsch der extremen Rechten in den neuen EU-Ländern eher eine steigende als eine sinkende Tendenz aufweist. Daß sich die Gesellschaft diesem Phänomen kaum oder sehr selten widersetzt und seiner Entfaltung meist tatenlos zusieht, stimmt auch nicht gerade zuversichtlich. Erklären läßt sich das damit, daß in diesen Gesellschaften die Aversion gegen den von oben gesteuerten Parteistaat immer noch lebendig, die Kultur des Widerstands gegen von der Basis her organisierte extremistische Bewegungen hingegen schwach ist. In den »neuen Demokratien« ist es leicht, ja sogar schon eine Pflicht, Antifaschist zu sein, zugleich hat es der Antifaschist schwer, weil die Gesellschaft verständnislos und ungläubig vor dem Phänomen steht und für den Widerstand gegen die von der Basis kommenden antidemokratischen Massenbewegungen schlicht nicht gerüstet ist.

Derzeit wetteifern die Mitte-Rechts-Parteien der postkommunistischen Länder miteinander in Beschwichtigungen, wie ungefährlich diese Erscheinung sei und wie sehr man die Gefahr von rechts außen nicht übertreiben dürfe. Zweifellos wird sie sich als ungefährlich erweisen, insofern man sie nicht unterschätzt. Versäumt man es jedoch, rechtzeitig zu reagieren, dann wird man in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament bald Vertreter konservativer, rechter Parteien europäischen Zuschnitts neben »EU-Narodnikis« östlichen Typs sitzen haben.

Das Drama verharrt in der Schwebelage, doch geht aus dem bisher Gesagten hervor, daß die neuen europäischen Spannungen gerade in diesen Fragen an die Oberfläche dringen. So wäre es zum Beispiel vorstellbar, daß der Vertreter der ungarischen Rechtspartei FIDESZ, um der ungarischen Minderheit zu Hilfe zu kommen, Serbien im europäischen Parlament zu Recht vorwirft, der extremen Rechten bei ihren Übergriffen gegen die Minderheiten freien Lauf zu lassen, worauf der Vertreter der Koštica-Partei – wohlgemerkt gleichfalls eine Mitte-Rechts-Partei – Wort für Wort die wohlbekannteste, auf Ungarn bezogene FIDESZ-Phraseologie wiederholt: »Oh, gewiß, auch wir verurteilen die Extreme, aber man darf die Gefahr nicht übertreiben.«

(Aus dem Ungarischen von Gregor Mayer)

Anmerkungen

- ¹ Olivera Milosavljević: *Potisnuta istina/Unterdrückte Wahrheit*, Belgrad (Helsinki odbor) 2007.
- ² Jovan Byford: *Denial and Repression of Antisemitism. Post-Communist Remembrance of the Serbian Bishop Nikolaj Velimirović*, Budapest (CEU Press), Erscheinen für 2008 angekündigt.